

Aktionsplan Inklusion (Stadt Bayreuth)

Ort: Neues Rathaus

Datum und Uhrzeit: 30.01.2017, 17.00 – 19.00 Uhr

2. Treffen Arbeitsgruppe Information, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit in den Köpfen

Teilnehmer: 20

Name	Vorname	Firma / Organisation
Amthor	Curd	Seniorenamt
Frankenberger	Heike	Beratungszentrum Oberfranken für Menschen nach erworbener Hirnschädigung e.V.
Göhring	Andrea	Ambulanter Beratungs- und Servicedienst (ABS)
Grüner	Ursula	TransitionHaus
Heerdegen	Björn	Werkstatt f. behinderte Menschen
Höreth	Karl	Defibrillator SelbstHilfeGruppe Oberfranken
John	Michael	BASIS-Institut
Kufner	Thomas	Gehörlosenverein
Lange, Dr.	Torsten	Stadtrat
Müller	Bettina	Stadt Bayreuth
Rannenberg	Laura	BASIS-Institut
Scharnagl	Susanne	Werkstatt f. behinderte Menschen - Elternbeirat
Schraml	Mirco	
Spörl	Ulrike	
Steinhäuser	Heike	Jobcenter
Teufel	Melanie	Stadt Bayreuth
Winkler	Christine	Stadt Bayreuth
Wührl-Struller, Dr.	Klaus	Stadtrat
Wurzel	Bettina	Stadt Bayreuth
Zagel	Wolfgang	Rehateam Bayreuth

Inhalt

1	Begrüßung durch Frau Wurzel.....	2
2	Ergebnisse aus der Befragung und Maßnahmen	2
3	Diskussion	3
4	Verabschiedung.....	13
5	Anhang	15
5.1	Maßnahmen aus der ersten Arbeitsgruppensitzung	15
5.2	Folien.....	19

1 Begrüßung durch Frau Wurzel

Frau Wurzel begrüßt die Teilnehmer der zweiten Arbeitsgruppensitzung zum Thema Information, Öffentlichkeitsarbeit und Barrierefreiheit in den Köpfen. Sie gibt das Wort weiter an Herrn John, der die Anwesenden auch von seiner Seite aus herzlich begrüßt. Er erläutert das weitere Vorgehen der heutigen Sitzung: Zunächst werden Ergebnisse aus der Befragung von Menschen mit Behinderungen aus dem Bereich Information vorgestellt. Anschließend werden Maßnahmen erläutert, die auf Grundlage des Protokolls der letzten Arbeitsgruppensitzung erstellt wurden. Danach können diese Maßnahmen diskutiert, ergänzt oder weitere Ideen hinzugefügt werden.

2 Ergebnisse aus der Befragung und Maßnahmen

Herr John zeigt in einer Powerpoint-Präsentation wesentliche Ergebnisse aus dem Bereich Information, Öffentlichkeitsarbeit und Barrierefreiheit in den Köpfen, die durch die Befragung von Menschen mit Behinderungen gewonnen wurden. Die Folien können im Anhang detailliert eingesehen werden.

Bei den Ergebnissen zeigt sich, dass je nach Einschränkungsart, viele Betroffene nicht wissen, ob es speziell aufbereitete Informationen oder ein geeignetes Beratungsangebot gibt.

Frau Wurzel erklärt in diesem Zusammenhang, dass der Stadtplan vor einiger Zeit erst diesbezüglich nachgerüstet wurde. Man müsste, laut diesen Ergebnissen, nochmals über den Behindertenbeirat erfragen, was hier genauer dargestellt werden muss. Sie ergänzt, dass viele Betroffene diesen Stadtplan eventuell auch gar nicht kennen,

weshalb er den Leuten zugänglich gemacht werden muss und zum Beispiel auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht oder über Wheelmap verknüpft werden könnte.

Herr Wührl-Struller ergänzt, dass Informationen auch aktiv an die Leute herangebracht werden müssen, es braucht eine aktive Kommunikation. Herr Höreth schlägt vor, dass man die Medien mit ins Boot holen könnte, um Informationen in der breiten Maße zu streuen. Auch Frau Scharnagl schlägt vor, die Medien dauerhaft einzubinden. Frau Wurzel merkt an, dass bei Menschen mit Behinderung vieles über den persönlichen Kontakt abläuft, weshalb dieser nicht vernachlässigt werden darf.

Herr John setzt mit der Präsentation der Ergebnisse fort. Knapp 15% der Befragten kennen die Behindertenbeauftragte der Stadt Bayreuth, die weiteren 85% nicht.

Anschließend zeigt Herr John Maßnahmen auf, die auf der Grundlage des Protokolls der letzten Arbeitsgruppensitzung Information, Öffentlichkeitsarbeit und Barrierefreiheit in den Köpfen erarbeitet wurden. Die Maßnahmen können ebenfalls im Detail im Anhang eingesehen werden.

Schließlich fragt er danach, ob diese bestehenden Maßnahmen einer weiteren Ausdifferenzierung und Ergänzung bedürfen oder ob neue Ideen ergänzt werden sollen und eröffnet somit die Diskussion für die Teilnehmer.

3 Diskussion

Frau Scharnagl betont erneut die Notwendigkeit einer Vernetzung mit den Medien und fordert eine gezielte Medienarbeit.

Herr Wührl-Struller gibt zu bedenken, dass Informationen zwei Seiten beinhaltet. Zum einen bedarf es speziell aufbereiteten Informationen für die einzelnen Einschränkungsarten. Zum anderen müssen die Menschen informiert werden, die noch Barrieren in den Köpfen aufweisen. Herr John stimmt ihm zu. In der Befragung wurden ausschließlich Menschen mit Behinderung befragt, es wäre auch spannend gewesen, wenn man Menschen befragt hätte, die keinen konkreten Bezug zum Thema Behinderung haben.

Frau Scharnagl erklärt, dass erst ein Mediennetz geknüpft werden muss, um dann in einem zweiten Schritt über die Informationen zu beratschlagen, die veröffentlicht werden. Herr John stimmt ihr zu, erklärt aber, dass es auch im Alltag Informationen braucht. Es gibt stets zwei Seiten: Informationsweitergabe und Informationen, die man sich im Kontakt verschafft.

Frau Spörl merkt an, dass Menschen, die nicht mit dem Thema Behinderung konfrontiert werden, Berührungsängste aufweisen. Folglich soll die Thematik der Behinderung immer wieder in die Öffentlichkeit gebracht werden. Als positives Beispiel führt sie das Café Samocca an, welches aufzeigt, dass durch die Präsenz viele Probleme abgebaut werden können. Herr Höreth stimmt ihr zu. Auch er fordert, dass die Menschen erreicht werden müssen, die noch nicht mit dem Thema Behinderung in Berührung gekommen sind.

Frau Wurzel beschreibt, dass Inklusion für sie bedeutet, dass in der gesellschaftlichen Diskussion sowohl Sichtweisen von Menschen mit Behinderung als auch Sichtweisen von Menschen ohne Behinderung aufgeführt werden. Diese beiden Aspekte gehören für sie zusammen. Sie erläutert, dass der Behindertenbeirat seit Jahren die Rille am Bahnhof bespricht und kritisiert. Erst seitdem dieses Thema auch in der Öffentlichkeit steht, kommt das Interesse seitens der Bevölkerung. Jetzt realisiert die Gesellschaft, dass hier nicht nur Menschen mit Behinderungen Schwierigkeiten haben, sondern dass zum Beispiel auch gesunde Menschen mit viel Gepäck an dieser Stelle große Probleme haben.

Für Frau Scharnagl bedeutet Barrierefreiheit mehr. Eine barrierefreie Bevölkerung bedeutet für sie, dass sie jeden Menschen in der Stadt ansprechen könnte und ihr jede Person – und nicht nur die Behindertenbeauftragte der Stadt - ausführliche Informationen über Barrierefreiheit geben kann. Deshalb müssen ihrer Meinung nach unbedingt Internetportale und Zeitungen mit ins Boot geholt werden, sodass weitere Schritte zukunftssträchtig gegangen werden können. Viele Informationen sind selbst ihr, in ihrer Arbeit als Betreuerin, nicht bekannt. Jemand, der bisher nicht mit dem Thema Behinderung konfrontiert war und nun von heute auf morgen eine Einschränkung erwirbt, hat enorme Schwierigkeiten, geeignete Hilfe zu finden.

Herr Lange merkt an, dass das Thema Behinderung in viele Einzelaspekte aufgegliedert ist. Es braucht eine übergeordnete Idee, wenn man zum Beispiel mit Zeitungen oder andere Medien kooperieren möchte. Er schlägt vor, auf das Phänomen von optischen Täuschungen zurückzugreifen, bei welchen man in einem Bild zwei verschiedene Illusionen erkennt. Er wünscht sich, dass man hier ein für die Thematik der Barrierefreiheit typisches Bild schafft, das aus zwei Perspektiven betrachtet werden kann: Einerseits aus der Sichtweise von Menschen ohne Einschränkungen und auf der anderen Seite aus der Sichtweise von Menschen mit Behinderungen. Dies könnte man in Form einer Kolumne integrieren, sodass interessante Informationen eingespeist

werden können und sich der tagtägliche Zeitungsleser gleichzeitig angesprochen fühlt. Seiner Meinung nach ist das Thema Barrierefreiheit für viele Menschen ein sehr sperriger Begriff, weshalb er eine Oberidee für notwendig befindet.

Frau Göhring vermutet, dass zu viele Informationen dazu führen, dass Leute abgestumpft und von der Thematik genervt werden. Ihrer Meinung nach kann man niemanden zwingen, sich über gewisse Dinge zu informieren. Sie findet es wichtig, dass man auf vielen Kanälen Informationen verbreitet, aber es muss beachtet werden, dass es nicht zu viel wird.

Herr Wührl-Struller merkt an, dass genau dies uns aber die Werbung täglich aufzeigt: Sie liefern ständig Informationen, die wir nicht wollen, aber dennoch verinnerlichen. Er hält eine gewisse Penetranz und Permanenz von Informationen für wichtig, sodass jeder unterschwellig immer wieder etwas verinnerlicht.

Frau Spörl findet eine Zusammenarbeit mit den Medien (Zeitung, Radio) ebenfalls wichtig. Sie schlägt vor, dass einmal im Monat entweder eine Einrichtung oder Informationen bezüglich der Thematik Behinderung vorgestellt werden können. Für diese Berichte könnte man auch Personen aus der Öffentlichkeit mit ins Boot holen, zum Beispiel Sportler mit Behinderung, sodass das Interesse der Gesellschaft geschürt wird.

Herr Wührl-Struller merkt an, dass ihm gerade in diesem Sammelsurium von Handlungsaspekten und zahlreichen Maßnahmen eine Systematik fehlt, sodass man Leerstellen sieht und konkrete Ansatzpunkte benennen kann. Herr John entgegnet, dass momentan in der Arbeitsgruppe viel über Information diskutiert wird. Seiner Meinung nach besteht aber viel mehr das Problem, dass vielen Menschen die grundlegende Fähigkeit zur Empathie fehlt und dass sie sich nicht in andere Menschen hineinversetzen können. Gerade steht man seiner Ansicht nach vor einer Art Sprung: Früher ging es häufig um die Inklusion von Menschen mit Behinderung, heutzutage geht es vielmehr um die Inklusion von Gesellschaft. Dies meint, dass man sich empathisch begegnet, egal ob Mensch mit Behinderung, ob Mensch mit einer bestimmten sexuellen Orientierung oder religiösen Einstellung. Dies ist ein gänzlich anderes Niveau von Inklusion, welches zahlreiche Ansatzpunkte nach sich zieht, wie zum Beispiel, dass die Abwertung von Gruppen nicht zugelassen werden darf oder dass Empathie gelernt wird. Herr Wührl-Struller stimmt ihm völlig zu, aber wünscht sich zugleich mehr Konkretisierung. Herr John antwortet, dass man Empathie durch die Schaffungen von Begegnungen und Verbindungen erzeugt. Herr Wührl-Struller

entgegnet, dass die Aufbereitung und Verbreitung von Informationen seiner Meinung nach ein Schritt ist, den man im Rahmen des Aktionsplans leicht umsetzen kann. Den Prozess von Empathie kann man seiner Ansicht nach nicht so schnell in dieses Format integrieren.

Herr Lange fügt an, dass man nur mit Personen sprechen kann, die überhaupt guten Willens sind und eine gewissen Offenheit für die Thematik mitbringen.

Herr Kufner erklärt, dass er sich als Betroffener häufig am Rand der Gesellschaft fühlt. Er kann sich selbst oftmals helfen und beispielsweise einen Dolmetscher bestellen, aber es gibt viele Betroffene, die das nicht schaffen und dadurch außen vor sind. Er schlägt vor, auf das Fernsehen zuzugehen und beispielsweise einen Film über die Kommunikation von Gehörlosen im Krankenhaus zu drehen, da solche Dinge oftmals das Bewusstsein fördern. Außerdem sollten häufiger Schauspieler mit Einschränkungen eingesetzt werden, sodass die Zuschauer mehr für die Thematik sensibilisiert werden. Herr Lange stellt Herrn Kufner die Frage, was er von dieser Arbeitsgruppe erwartet. Herr Kufner antwortet, dass es sein Ziel ist, dass man eine barrierefreie Kommunikation erreicht und Zugang für alle Menschen schafft.

Frau Grüner dachte mehr an die Barrierefreiheit in den Köpfen der Gesellschaft. Früher wurden Menschen mit Behinderung angegriffen oder ausgeschlossen. Ihrer Ansicht nach erlebt diese Haltung, nach einer kurzen Phase der Ruhe, aktuell wieder einen Aufschwung, weshalb dieser Entwicklung schnell begegnet werden sollte.

Frau Scharnagl gibt Herrn John Recht, dass es sich vorwiegend um ein gesellschaftliches Problem handelt. Ihr ist wichtig, dass alle Handlungsfelder erfasst werden. Allerdings muss diese Arbeitsgruppe schauen, in welchen dieser Handlungsfelder sie aktuell mit welchen Schritten aktiv werden können. Zudem fordert sie, dass bei den Kindern von klein auf angesetzt werden muss, wenn man Barrierefreiheit in die Köpfe der Gesellschaft bringen möchte.

Frau Frankenberger vermutet, dass man sich nicht öffnet, wenn man etwas nicht will. Ihrer Meinung nach sollte man sich darauf konzentrieren, dass speziell aufbereitete Informationen für die einzelnen Einschränkungsarten gebündelt zur Verfügung stehen.

Frau Wurzel entgegnet, dass es schon viele gebündelte und aufbereitete Informationen gibt. Die Leute kommen nicht auf die Idee, diese abzufragen. Auch sie merkt an, dass die Barrierefreiheit in den Köpfen nicht vernachlässigt werden darf, da viele Menschen Ängste haben.

Frau Frankenberger schlägt vor, den Wegweiser an alle Bürger zu versenden und Hinweise zu dem Wegweiser ins Internet einzuspeisen. Frau Wurzel erklärt, dass dies bereits teilweise gemacht wird. Sie selbst nimmt den Wegweiser stets zu Veranstaltungen mit, aber niemand nimmt sich ein Exemplar mit. Auch nach jeder Aktualisierung des Wegweisers gibt es Ankündigungen im Internet. Sie sieht das Problem vielmehr in dem gesellschaftlichen Miteinander. Für sie gibt es nur eine Gruppe von Menschen und diese haben alle dieselben Bedürfnisse, wie zum Beispiel Wohnen oder Fürsorge. Informationen hierzu muss man für alle zugänglich machen, das ist für die Inklusion. Wer Informationen nicht wissen will, der wird es nicht wissen wollen. Man muss bedenken, dass es auch die Freiheit des Menschen ist, ein gutes Angebot abzulehnen.

Herr Höreth fordert, dass den Leuten verdeutlicht wird, dass sie von heute auf morgen alle Einschränkungen erwerben können, beispielsweise durch einen Schlaganfall. Auch er spricht sich für eine umfassende Verbreitung von Informationen aus. Er vermutet, dass es immer Menschen geben wird, die die Informationen niemals erreichen werden, aber es wird auch immer einige geben, die diese Informationen aufnehmen. Bei den Medien traf er bisher in seiner Erfahrung auf große Worte, aber wenig Taten. Er hält es ebenfalls für notwendig, dass Sportler oder Persönlichkeiten einbezogen werden, sodass auch das Interesse seitens der Presse entfacht wird. Zudem ergänzt er, dass durch den technischen Fortschritt viel im Bereich der Barrierefreiheit vorangetrieben wurde. Beispielsweise braucht heutzutage nicht mehr jeder Bahnhof einen Gebärdensprachdolmetscher, sondern bei Bedarf können Gebärdensprachdolmetscher über Online-Dienste, wie zum Beispiel VerbaVoice, zugeschaltet werden.

Herr John fasst zusammen, dass man Ablehnung spezifischer Gruppen entschieden entgegentreten sollte und hier handeln muss. Außerdem schlägt er vor im weiteren Verlauf die spezifischen thematischen Schwerpunkte nacheinander zu bearbeiten.

Aufbereitung von Information

Er schlägt vor, dass zunächst über Informationen für Menschen mit Behinderung diskutiert wird. Dies meint zum Beispiel, dass Menschen mit einer bestimmten Einschränkung nicht kommunizieren können, weil es keine entsprechende Aufbereitung gibt.

Frau Wurzel merkt an, dass bei der Stadt Bayreuth ab diesem Jahr VerbaVoice eingesetzt wird. Dies soll nach der Umsetzung auch umfassend, zum Beispiel in der

Volkshochschule, im Einwohnermeldeamt, im Jugendamt etc., initiiert werden. Allerdings kosten solche Vernetzungen sehr viel Zeit. Für Hinweise für die Umsetzung ist sie jederzeit offen.

Herr John erkundigt sich bei Herrn Kufner, ob dieser zufrieden wäre, wenn es überall VerbaVoice gibt oder ob er sich als höreingeschränkter Mensch mehr Unterstützung wünscht. Herr Kufner erklärt, dass VerbaVoice für ihn eine gute Lösung darstellt. Zudem gibt es den Telefon-Dolmetscherdienst Tess, welcher zum Beispiel eine Verbindung zum Arzt herstellt und bei der Kommunikation behilflich ist. Zudem gibt es jetzt auch eine Notruf-App, die man kostenlos nutzen kann. Er resümiert, dass es einige Angebote gibt, die auch von zahlreichen Gehörlosen genutzt werden.

Herr John fragt nach der Verfügbarkeit von speziell aufbereiteten Informationen für weitere Einschränkungsarten. Frau Wurzel erklärt, dass jeder Mensch in seinen Alltag Leichte Sprache integrieren kann, sodass den Bedürfnissen von Menschen mit kognitiven Einschränkungen entgegengekommen werden kann. Herr Wührl-Struller erklärt, dass es hierfür nur den Willen braucht und man jederzeit damit beginnen könnte. Jede Behörde oder jedes Amt könnte beispielsweise Verordnungen oder Pressemitteilungen in einfacher Sprache formulieren. Man könnte diesen Prozess seiner Ansicht nach mit jedem Schriftstück neu beginnen und ohne große weitere Anstrengungen könnte vielen Menschen geholfen werden. Frau Göhring stimmt ihm zu, allerdings gilt dies nur für Leute, die noch lesen können. Viele Menschen mit kognitiven Einschränkungen können nicht lesen und brauchen eine andere Art der Unterstützung.

Herr Wührl-Struller zieht die Bedienung eines Handys als Vergleich hinzu. Jeder Mensch kann ein Handy bedienen, weil es mit einfacher Sprache oder Symbolen bedient werden kann und Information sehr einfach aufbereitet werden. Frau Wurzel ergänzt, dass es von außen betrachtet eventuell nach wenig Arbeit aussehe, aber die Übersetzung von Dokumenten in Leichte Sprache sehr aufwendig ist und auf Honorarbasis abläuft. Herr Wührl-Struller entgegnet, dass nichts im Nachhinein aufwendig übersetzt werden soll, sondern dass jedes Dokument von Beginn an einfach geschrieben werden soll. So bedarf es keinen zweierlei Texten und auch keinem separaten Budget.

Frau Scharnagl merkt an, dass die Stadt Bayreuth, wenn sie den Aktionsplan Inklusion umsetzen will, eine hauptamtliche Vollzeitstelle oder ein Inklusionsbüro braucht. Dies soll als Maßnahme niedergeschrieben werden.

Herr Höreth hebt den Wegweiser für Behinderung und die dazugehörige Übersetzung in leichter Sprache als positives Beispiel hervor.

Herr John fasst zusammen, dass an alle appelliert werden soll, dass man sich von Beginn an verständlich und in einfacher Sprache ausdrückt. Bei größeren Dingen braucht es zudem ein Budget und zuständiges Personal, welches Dokumente professionell übersetzt.

Herr Kufner merkt an, dass Anträge oder Formulare auch für Gehörlose sehr schwer verständlich sind und sie häufig Hilfe beim Verstehen und beim Ausfüllen benötigen.

Herr John ergänzt, dass er nicht gänzlich auf ‚schwere‘ Sprache verzichten will. Beispielsweise genießt er es, auch wissenschaftliche und ‚schwere‘ Sprache zu lesen. Allerdings räumt er ein, dass man in der Kommunikation, wenn es um die Verständigung geht, leichte Sprache verwenden sollte.

Herr John fasst zusammen, dass es schon sehr viel gebündelte und speziell aufbereitete Informationen in der Stadt Bayreuth für die spezifischen Einschränkungsarten gibt. Es bedarf einer besseren Verknüpfung.

Frau Spörl fordert, dass der Informationsfluss in Gang gebracht wird, sodass jeder über die Informationen Bescheid weiß und nicht nur die betroffenen Menschen.

Frau Scharnagl erläutert, dass es einen Medienfachmann braucht. Beispielsweise könnten mittels QR-Codes auf schnellem Wege viele Menschen erreicht und Informationen verteilt werden. Es müssen Kapazitäten geschaffen werden, um die bereits gut aufbereiteten Informationen auch in Informationskanäle umfassend einzuspeisen. Eventuell könnte dies durch eine Kooperation mit der Universität erreicht oder auf eine Projektförderung durch Aktion Menschen zurückgegriffen werden.

Herr Kufner erläutert, dass man sich Informationen, beispielsweise als betroffener Tourist, zuerst im Rathaus oder an der Touristeninformation sucht. Das Rathaus sollte folglich als zentraler Anlaufpunkt ausgerüstet sein. Er schlägt vor, dass Informationen am Infopunkt platziert werden oder eine Art Informationsstand mit Flyern aufgestellt wird.

Frau Scharnagl greift erneut auf die Funktion von QR-Codes zurück. Ein laminiertes Papier, auf welchem ein QR-Code abgedruckt ist, könnte man in jeder Institution und in jedem Amt platzieren. Frau Wurzel findet diese Idee sehr gut. Man könnte einen Verein gründen, sodass Fördergelder von der Aktion Mensch hierfür abgerufen werden

können. Außerdem könnte man die Werkstatt für Menschen mit Behinderung oder Schulen mit ins Boot holen.

Frau Scharnagl fehlt ein Wegweiser für Betreuer, in welchem Zuständigkeiten und Ansprechpartner für die jeweiligen Anliegen aufgelistet werden. Frau Wurzel erklärt, dass das Betreuungsgericht bei der rechtlichen Betreuung die zuständige Behörde ist und es hier eher eine Netzwerkarbeit bräuchte, zum Beispiel eine Schulung für die Betreuer. Zudem verweist sie auf das Betreuerlexikon, in welchem zahlreiche Informationen zusammengestellt sind.

Frau Scharnagl wünscht sich eine Art Lotsensystem speziell für Bayreuth. Herr John merkt an, dass man eine Art Wiki erstellen könnte, auf welchen man FAQ sucht und pflegt. Als Maßnahme für den Aktionsplan wird formuliert, dass in Kooperation mit dem Betreuungsgericht ein Wiki für Betreuer erstellt wird.

Herr Höreth schlägt vor, dass man über Selbsthilfegruppen den Zugang zu der Bayreuther Wirtschaft, zum Beispiel Medi, suchen könnte, sodass beispielsweise eine die QR-Codes-Aktion gesponsert werden könnte. Herr Lange schlägt Fundraising vor.

Informationen für Menschen ohne Behinderung

Herr John resümiert, dass sich in der vorausgegangenen Diskussion ein Zwiespalt bezüglich der Wirkung von derartigen Informationen verdeutlichte. Er berichtet von Bamberg, wo für eine Plakat-Kampagne mit berühmten Persönlichkeiten, die ihre Rollen mit Menschen mit Einschränkungen tauschten, erstellt wurde.

Frau Scharnagl schlägt vor, an die Schulen zu gehen. Jedes halbe Jahr könnte eine Ehrenamtsgruppe an die verschiedenen Schulen gehen und Filme zeigen oder Gruppenarbeiten zum Thema Behinderung machen. Herr John berichtet von einem blinden Stadtrat aus dem Landkreis Starnberg, der in Schulen geht und mit den Kindern über das Thema Hören redet.

Frau Frankenberger berichtet, dass ähnliches aktuell in Bayreuth gemacht wird. In der Schule ihres Sohnes was neulich der Blindenbund. Sie schlägt vor, dass auch andere Selbsthilfegruppen in die Schulen gehen. Kinder sind sehr offen für solche Begegnungen und haben beispielsweise auch großes Interesse daran, mal in einen Seniorenanzug zu schlüpfen oder mit einem Rollstuhl einen Parcours zu fahren. Im Anschluss daran können diese Erfahrungen gemeinsam mit der pädagogischen Fachkraft reflektiert werden. Herr John schlägt vor, dass man hieraus ein pädagogisches Paket schüren könnte, das man den Lehrkräften gezielt anbieten

kann. Die Teilnehmer schlagen vor, dass man das Schulamt ansprechen könnte, um eine entsprechende didaktische Aufbereitung zu gewährleisten. Außerdem wird angeregt, dass man sich an die Bonhoefer-Schule wenden kann, da diese bereits über Erfahrungen mit der Thematik verfügt. Dort könnte ein Konzept erarbeitet werden, das dann immer weitergegeben wird.

Herr John erklärt, dass sich auch Schulkonzepte im Inklusionsprozess wandeln müssen. Frau Scharnagl fordert, dass das Thema Behinderung im Schulplan der Schulen fest etabliert wird.

Herr Zagel berichtet von der Arbeitsgruppe der Sportökonomie, die einen Inklusionssporttag an einem Gymnasium durchführten. Dort wurden beispielsweise ein Seniorenanzug oder ein Rollstuhlparcours angeboten, was bei den Kindern und Jugendlichen sehr gut ankam und was ohne große Mühe realisiert werden könnte.

Frau Spörl ergänzt, dass neben Kindern auch andere Zielgruppen berücksichtigt werden können, beispielsweise über die Volkshochschule.

In Bezug auf eine Kampagnenarbeit für Barrierefreiheit in Bayreuth erklärt Herr Lange, dass man eine Werbeagentur bräuchte, die kostenlos ein Projekt ausarbeitet. Auch Frau Wurzel erläutert, dass eine erfolgreiche Kampagne professionell und gut durchdacht sein muss, um Wirkungen nach sich zu ziehen. Herr John schlägt vor, dass man in Kooperation mit der Universität und den Fachbereichen Marketing oder Medien eine Kampagne entwerfen könnte. Frau Teufel merkt an, dass eventuell eine Art Maskottchen von der Universität erstellt werden könnte, das auf allen Plakaten erscheint und somit als eine Art Leitfigur fungiert.

Herr Höreth schlägt vor, dass in den Selbsthilfegruppen eventuell Zuständige bestimmt werden können, die eine Art Lotsenfunktion übernehmen können. Am 17. Juni 2017 ist der Selbsthilfetag, bei welchem die Stadt Bayreuth durchaus wieder einsteigen könnte. Frau Wurzel erläutert, dass dies bereits geplant ist.

Herr Zagel sieht einen „Zooeffekt“ aufkommen. Man muss die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen herausstellen und einen defizitären Einschränkungsblick vermeiden. Herr John stimmt ihm zu und sagt, dass man die positiven Seiten herausstellen muss, aber auch dies nicht übertrieben werden darf, getreu dem Motto ‚Deutschland sucht den Super-Behinderten‘. Es gibt unter Menschen mit Behinderung genauso faule oder unfreundliche Menschen, wie bei den Menschen ohne

Einschränkungen. Durch Begegnungen und Kontakte schafft man es, Vorurteile abzubauen.

Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung schaffen

Frau Scharnagl schlägt vor, eine Art Schüleraustausch zu initiieren, um Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen. Einen Tag lang könnte man die Familien tauschen und gemeinsam neue Erfahrungen machen. Frau Müller kritisiert, dass man bei solchen Projekten nur die Menschen erreicht, die bereits ein Grundinteresse an der Thematik und einen Zugang haben. Ziel ist es aber vielmehr, dass die Menschen erreicht werden, die kein Interesse bisher haben, sodass man diese wachrütteln kann. Frau Scharnagl antwortet, dass aller Anfang schwer ist und zu Beginn immer nur diejenigen kommen werden, die es interessiert. Allerdings vermutet sie, dass sich dies sehr schnell herumspricht und auch auf andere Personenkreise ausweitet.

Frau Wurzel schreibt Vereinen eine wichtige Funktion zu, wenn es um die Schaffung von Begegnungen geht. Beispielsweise hebt sie das Beispiel der Prunksitzung für Menschen mit und ohne Behinderungen positiv hervor, bei welcher sich zahlreiche Netzwerke und Freundschaften ergeben haben und immer mehr Menschen mit Behinderung dem Verein beigetreten sind.

Frau Spörl schlägt vor das RW21 mit ins Boot zu holen, weil dort Menschen sind, die neutral sind und bisher kaum Erfahrung mit der Thematik hatten.

Herr John berichtet von dem freiwilligen sozialen Schuljahr, das er für sehr wichtig erachtet. Neben der Schulzeit engagieren sich Schüler hierbei einmal wöchentlich in sozialen Projekten und erkennen so, dass es sinnvoll ist, wenn sie sich für andere Menschen einsetzen. Wäre das freiwillige soziale Schuljahr ein fester Bestandteil in allen Schulen, so wäre seiner Ansicht nach schon viel für die Gesellschaft getan.

Frau Scharnagl ergänzt, dass der Kontakt zu Betrieben und zur Handwerkskammer gesucht werden muss, sodass Erfahrungsberichte gesammelt und verbreitet werden können. Herr Höreth merkt an, dass viele Betriebe lieber eine Ausgleichsabgabe zahlen, anstatt einen Menschen mit Behinderung einzustellen. Herr John verweist an dieser Stelle auf die Arbeitsgruppe Arbeit des Aktionsplans Inklusion.

4 Verabschiedung

Frau Wurzel und Herr John bedanken sich für die rege Diskussion und wünschen allen Teilnehmern der Arbeitsgruppe einen guten Heimweg. Sie sind guter Dinge, dass konkrete Projekte auf der Grundlage der Diskussion entstehen.

Herr John erklärt, dass zwei Wochen vor der nächsten Arbeitsgruppensitzung Maßnahmenvorschläge per Mail an alle verschickt werden und dass diese die Grundlage für die nächste Sitzung bilden. Er bittet darum, dass dieser Text vor der nächsten Sitzung durchgelesen wird und Verbesserungen markiert werden.

Für das Protokoll

Laura Rannenberg (BASIS-Institut)

5 Anhang

5.1 Maßnahmen aus der ersten Arbeitsgruppensitzung

Das wollen wir erreichen

Menschen mit Behinderung haben umfassenden Zugang zu Informationen und erhalten die Unterstützung, die ihnen uneingeschränkte Teilhabe ermöglicht. Darüber hinaus stehen ihnen umfassende Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung, die bei der individuellen Umsetzung eines selbstbestimmten Lebens helfen. Das Beratungsangebot beinhaltet sowohl die Unterstützung bei der Wahl der Lebensform als auch Beratung bei der Antragstellung und Finanzierung dieses Lebensmodells (z.B. durch das persönliche Budget). Das Bewusstsein in der Bevölkerung wächst, für die verschiedenen heterogenen Einschränkungen für Menschen mit Behinderungen.

Handlungsziele für die nächsten fünf Jahre

Zentraler Ansatzpunkt für die nächsten Jahre ist die Aufbereitung von Informationen unter Berücksichtigung verschiedenerer Einschränkungsarten. Dazu werden Informationen barrierefrei und auch in Leichter Sprache aufbereitet. Bei der Aufbereitung von Informationen werden unterschiedliche Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigt. Ein weiteres Ziel ist, dass Beratungs- und Hilfestrukturen signifikant öfter in Anspruch genommen werden. Mitarbeiter in öffentlichen Einrichtungen werden hinsichtlich verschiedener Einschränkungsarten weiter sensibilisiert.

Maßnahme Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung durch klischeefreie Bilder	Es bedarf Informationen und einer Bewusstseinsbildung über die heterogenen Bedarfe von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen. In der Öffentlichkeitsarbeit werden klischeefreie Darstellungen verwendet. Dafür können Hinweise auf der Internetplattform www.gesellschaftsbilder.de eingeholt werden, die Tipps zur klischeefreien Darstellung von Medienbildern geben. Auch in Medienberichten oder beispielsweise Filmen muss der Anteil der Menschen mit Behinderungen der Realität angepasst werden.
--	---

<p>Maßnahme</p> <p>Barrierefreie Gestaltung der Homepage der Stadt Bayreuth</p>	<p>Die Homepage der Stadt Bayreuth wird umfassend barrierefrei gestaltet.</p>
--	---

<p>Maßnahme</p> <p>Berührungsängste der Gesellschaft werden abgebaut</p>	<p>Menschen mit Einschränkungen sind häufig Diskriminierungen ausgesetzt. Es müssen Vorurteile abgebaut und eine Barrierefreiheit in den Köpfen der Gesellschaft erreicht werden. Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen werden gefördert.</p> <p>Ein Inklusionstrag in der Stadt wird veranstaltet, der Selbsterfahrung und Begegnungen fördert.</p>
---	---

<p>Maßnahme</p> <p>Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Hörbehinderung schaffen</p>	<p>Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Höreinschränkungen werden geschaffen. Hierfür werden insbesondere Arbeitgeber sensibilisiert.</p>
---	--

<p>Maßnahme</p> <p>Jobs für Menschen mit Behinderung am ersten Arbeitsmarkt schaffen/Arbeitsgeber aufklären</p>	<p>Viele Menschen mit Behinderung bekommen aufgrund ihrer Einschränkungen keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. Arbeitgeber müssen daher besser aufgeklärt werden, welche technischen Hilfsmittel zur Verfügung stehen und inwieweit sie Unterstützung beantragen können. Die HWK und IHK werden mit ins Boot geholt.</p>
--	--

<p>Maßnahmen</p> <p>Bekanntheit zentraler Anlaufstellen fördern</p>	<p>Häufig wissen Menschen mit Behinderung oder deren Angehörige nicht an welche Ämter oder Personen sie sich mit ihren Anliegen wenden können. Zentrale Ansprechpartner und Hilfesysteme</p>
--	--

	werden bekannt gemacht. Es werden Flyer mit grundlegenden Informationen und Anlaufstellen erstellt.
--	---

Maßnahme Integration eines festen Ansprechpartners für Menschen mit Behinderung	In jeder Behörde oder beispielsweise auch in Kliniken wird ein fester Ansprechpartner für die Anliegen von Menschen mit Behinderung verankert.
---	--

Maßnahme Schulungen für Buspersonal und Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung in der Stadt Bayreuth	Mitarbeiter in den Verkehrsbetrieben der Stadt Bayreuth werden geschult und für die Belange von Menschen mit Behinderung sensibilisiert. Das Bewusstsein der Busfahrer muss geschult werden, sodass die Mitarbeiter adäquat auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung eingehen können.
---	--

Maßnahme Verknüpfung von Hilfesystemen – Peer Counselling	Menschen mit Behinderung oder deren Angehörigen fehlt es häufig an Verfahrensassistenz. Sie fehlt an Fachkenntnissen und sie benötigen Ansprechpartner, die ihnen mit Hilfe und Unterstützung zur Seite stehen. Die Gründung einer ehrenamtlichen Gruppe von Betroffenen wird gefordert. Menschen mit Einschränkungen können sich hierbei gegenseitig beraten. Krankenkassen, Selbsthilfegruppen oder Verbände werden in diese Beratungsangebote einbezogen.
---	--

Maßnahme Verknüpfung von Hilfesystemen	Einzelne Akteure und Institutionen spezifischer Hilfe- und Beratungsangebote arbeiten zusammen. Hilfesysteme filtern Ansprechpartner für spezifische Anliegen heraus, sodass das Angebot an Beratung für Betroffene übersichtlicher wird. Beratungsangebote arbeiten mit den
--	---

	Systemen vor Ort zusammen. Lokale Hilfestrukturen sollen an große Hilfesysteme angebunden werden. Essentielle Informationen werden zentralisiert gebündelt. Zudem werden übersichtliche Flyer mit Kontakten für spezifische Belange erstellt.
--	---

Maßnahme Unterstützung von Menschen mit psychischen Einschränkung	Es werden spezielle Unterstützungsangebote geprüft, um die Teilhabe an Verwaltungs-, Beratungs- und Veranstaltungsangeboten zu ermöglichen. Für die Beratung von Menschen mit psychischen Einschränkungen werden größere Zeitkontingente zur Verfügung gestellt. Weiter wird der Einsatz von offenen Sprechstunden geprüft.
---	---

Maßnahme Inklusionsbüro	Ein Inklusionsbüro in der Stadt Bayreuth wird gegründet. Dort sollen Informationen und Fachwissen zentral zur Verfügung stehen, Menschen individuell beraten werden und eine Art Wegweiser für Menschen mit Behinderungen ausgearbeitet werden.
-----------------------------------	---

Maßnahme Lotsen für Menschen mit Behinderung	Geschulte Lotsen stehen Menschen mit Behinderung zur beratend zur Seite. Sie vermitteln an die jeweiligen Ansprechpartner bei den spezifischen Bedarfen.
--	--

Maßnahme Büro für Leichte Sprache	Die Stadt Bayreuth errichtet ein Büro für Leichte Sprache. Dort werden wichtige Bekanntmachungen übersetzt. Ferner sollen Veröffentlichungen künftig barrierefrei gestaltet werden beziehungsweise, falls dies nicht vollständig möglich ist, in einer barrierearmen Version verfügbar gemacht werden.
---	--

<p>Maßnahme</p> <p>Bekanntheit von Blindenleitsystemen steigern</p>	<p>Blindenleitstreifen werden von der Gesellschaft häufig nicht in ihrer Wichtigkeit erkannt und beachtet. Blindenleitstreifen werden mit einer passenden Beschriftung versehen. Außerdem sollen Ladenbesitzer auf die Funktion von Blindenleitstreifen angesprochen werden.</p>
--	--

<p>Maßnahme</p> <p>Ärztliche Betreuung von Menschen mit Behinderung</p>	<p>Viele Arztpraxen in der Stadt Bayreuth sind nicht barrierefrei. Zudem begegnen viele Ärzte Menschen mit Behinderung mit Ablehnung und nehmen sie nicht in ihren Kundenstamm auf. Folglich sind Menschen mit Behinderung im Krankensystem häufig schlechter versorgt als Menschen ohne Einschränkungen.</p> <p>Ein Wegweiser, in dem barrierefreie Arztpraxen in der Stadt Bayreuth aufgelistet sind, wird erstellt.</p>
--	--

5.2 Folien

2. Arbeitsgruppensitzung AG Information, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit in den Köpfen

Aktionsplan Inklusion für Menschen mit und ohne Behinderung

30.01.2017

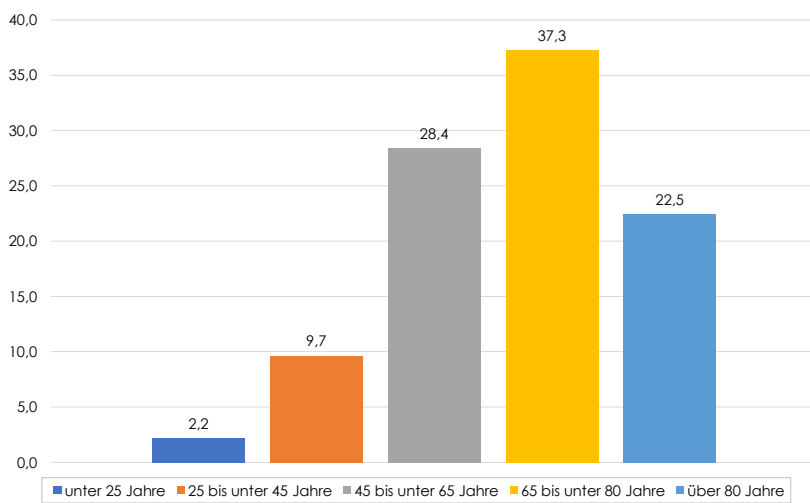
Vorgehen und Sozialstruktur

- standardisierter 12-seitiger Fragebogen
- Ende der Feldzeit: 18.01.2017
- Stichproben- und Adressenermittlung erfolgte über die Register des Zentrums Bayern Familie und Soziales (ZBFS) und des Bezirks Oberfranken → Einbezug von Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis und Menschen, die Eingliederungshilfe seitens des Bezirks beziehen
- ca. 2.100 Menschen mit Behinderung
- aktuell 520 auswertbare Bögen → Rücklaufquote 25%
- Geschlechterverteilung: 47,4% männlich, 52,6% weiblich
- Durchschnittsalter: 66 Jahre; Medianalter: 69 Jahre
- In Deutschland geboren: ca. 90%

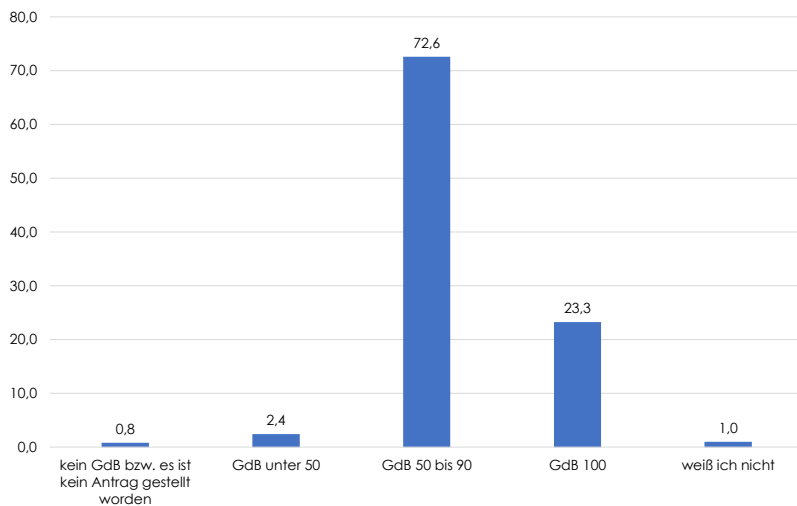
Allgemeine Daten



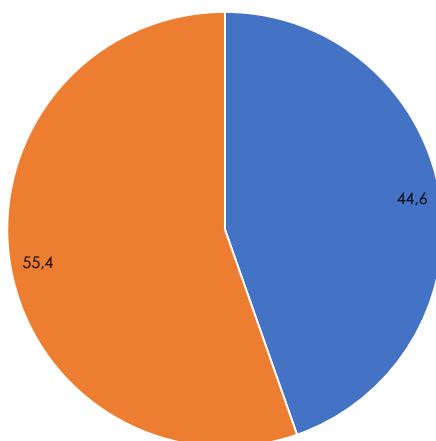
Altersklassenverteilung in Prozent (N=507)



Eingetragener Grad der Behinderung (GdB) in Prozent (N=503)



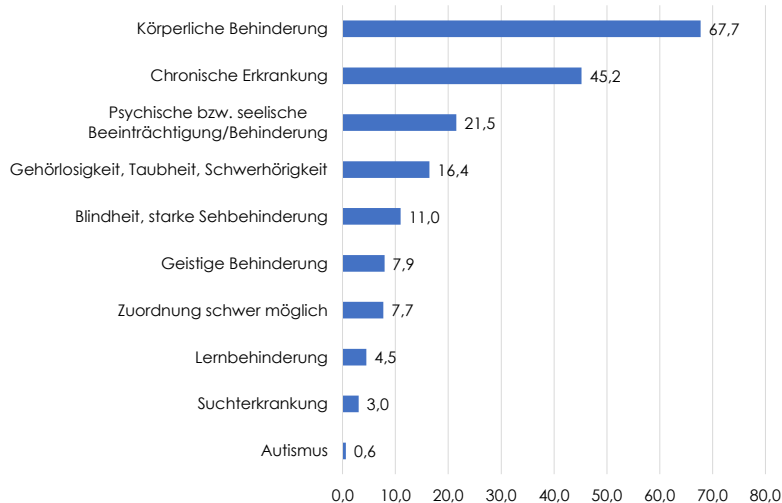
Mehrfachbehinderung in Prozent (N=493)



■ einfache Behinderung ■ mehrfache Behinderungen



Art der Beeinträchtigung in Prozent (N=493, Antworten 915)



Art der Beeinträchtigungen absolute Antworten

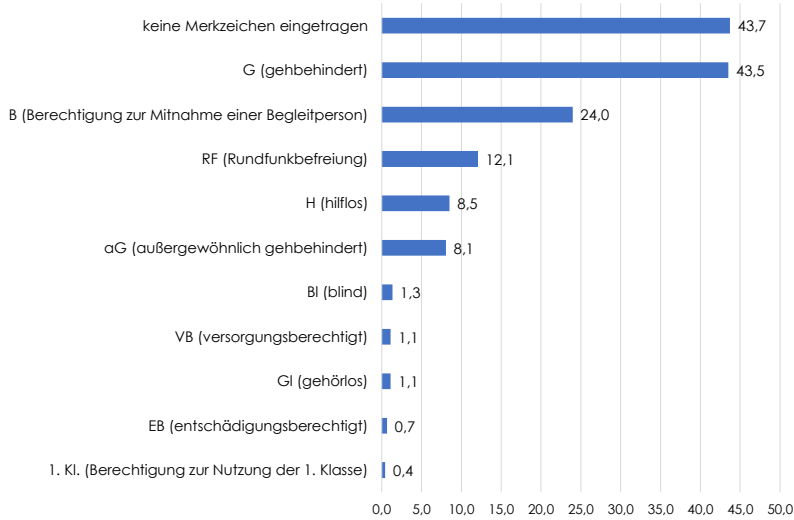


- Körperliche Behinderung (334)
- Chronische Erkrankung (223)
- Psychische bzw. seelische Beeinträchtigung/Behinderung (106)
- Gehörlosigkeit, Taubheit, Schwerhörigkeit (81)
- Blindheit, starke Sehbehinderung (54)
- Geistige Behinderung (39)
- Zuordnung schwer möglich (38)
- Lernbehinderung (22)
- Suchterkrankung (15)
- Autismus (3)

Vor allem bei der Gruppe der Menschen mit einer Suchterkrankung (N=15) und mit Autismus (N=3) sind bei den Auswertungen die geringen Fallzahlen zu berücksichtigen

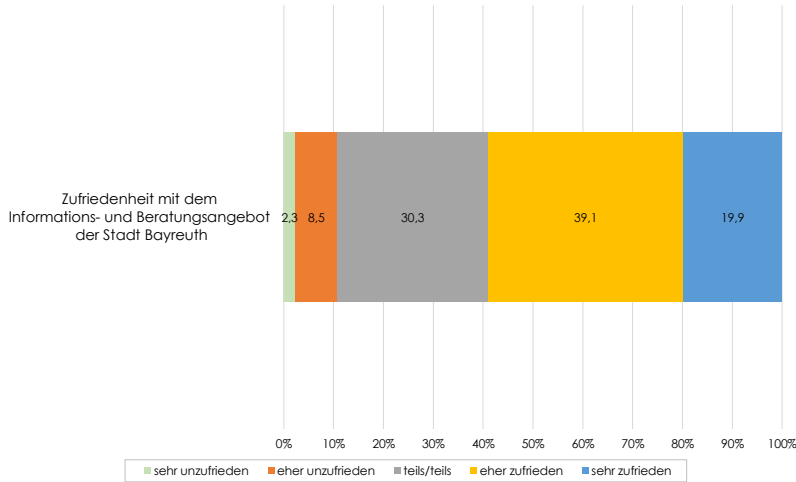


Eingetragene Merkzeichen in Prozent (N=464, Antworten 645)

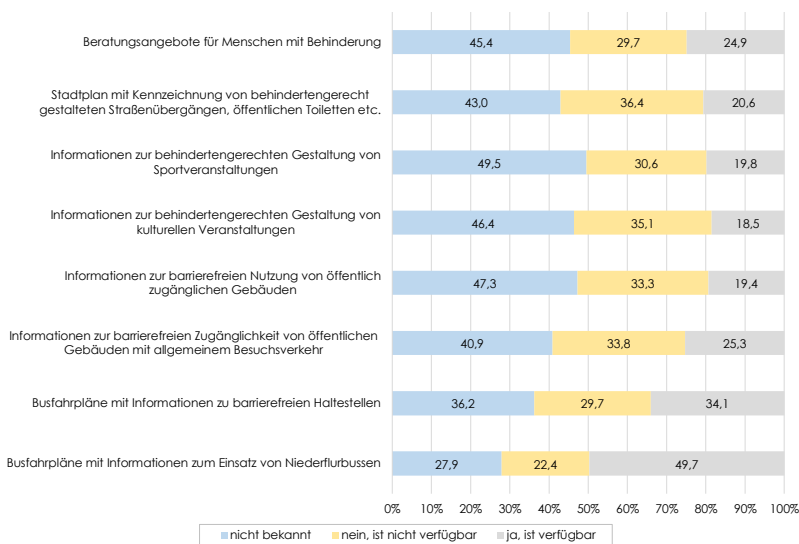


**Information, Öffentlichkeitsarbeit,
Barrierefreiheit in den Köpfen**

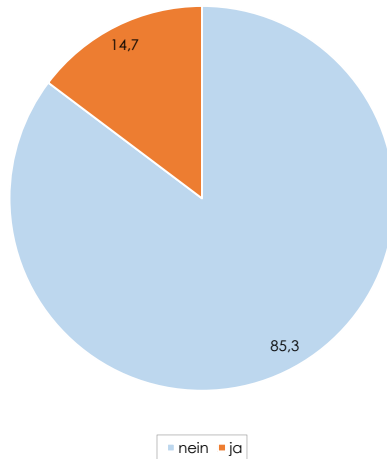
Zufriedenheit mit Informations- und Beratungsangebot in Prozent (N=307)



Verfügbarkeit Informationen in Prozent (N=222 bis 326)

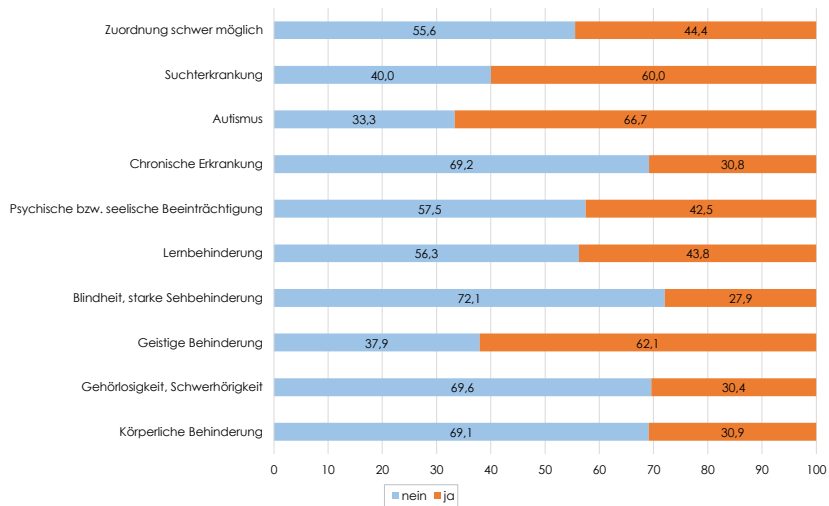


Kennen Behindertenbeauftragte der Stadt Bayreuth in Prozent (N=482)



Informationen über Barrierefreiheit

Stehen Ihnen ausreichend Informationen über die Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen, Plätze, Gebäude und Veranstaltungen speziell auf Ihre Einschränkungen bezogen zur Verfügung?



Aussagen über Wohnort in Prozent

(N= 246 bzw. 253)

